

# **America Alert**

## **Informationsservice des Washingtoner Büros der FES**

Ausgabe 2/2004 – 3. Februar 2004

### **Amerikas langer Marsch in den Schuldenstaat**

Der soeben von Präsident **George W. Bush** vorgelegte Haushaltsentwurf für 2005 (Oktober 2004 bis September 2005) stellt die Weichen für einen Marsch in den Schuldenstaat, der noch für lange Zeit seine Herrschaft über Amerika und die Welt ausüben wird. 2,4 Billionen Dollar wird der amerikanische Bundeshaushalt im kommenden Haushaltsjahr beginnend mit dem 1. Oktober 2004 umfassen.

Durch voraussichtliche, aber nicht unbedingt wirkliche Einnahmen gedeckt sind dabei lediglich 2,036 Billionen Dollar, ein geplantes Defizit von 364 Milliarden Dollar. Das Defizit aus dem am 30. September ausgelaufenen Haushaltsjahres 2004 wird 521 Milliarden Dollar betragen und damit alle bisherigen Rekorde aus der Reagan-Ära schlagen. Schon jetzt ist sicher, dass das geplante Haushaltsdefizit für 2005 von 364 Milliarden Dollar nicht realistisch ist. Die **Bush-Administration** hat auch gar nicht erst den Versuch gemacht, die Defizitentwicklung im US-Haushalt über die nächsten Jahre fortzuschreiben, sondern sich lediglich als Ziel gesetzt, das Haushaltsdefizit von 521 Milliarden im nächsten Jahr um ein Drittel (auf 364 Milliarden) und bis 2009 um die Hälfte (auf 237 Milliarden) zu reduzieren.

Es ist absehbar, dass die geplante Defizitverminderung nicht eintreten wird. Überhaupt nicht einbezogen in den Haushalt 2005 sind unabwendbare Ausgaben im Zusammenhang mit den kriegsbedingten Ausgaben in Afghanistan und im Irak, die nach dem Auslaufen des jetzigen Haushaltsjahres zwangsläufig anfallen werden, und zwar mindestens in einer Höhe von weiteren 50 Milliarden Dollar, wenn nicht sogar mehr. Aber was viel schwerer wiegt und vor allem in einem Wahljahr auf Ausgabenerhöhungen durch den Kongress schließen lässt ist die Tatsache, dass das Weiße Haus in seiner Haushaltsplanung lediglich eine generelle Ausgabensteigerung von weniger als einem Prozent zugrunde gelegt hat, obwohl die Verteidigungsausgaben um 7,1% steigen werden (ohne Einbeziehung der Kosten für die Truppenpräsenz in Afghanistan und im Irak), das *Department of Homeland Security* mit einem Zuwachs von 4,6% rechnen kann, internationale Hilfsprogramme z.B. Zur Bekämpfung von HIV/AIDS und die internationale Terrorbekämpfung eine Steigerung von 10,7% erhalten werden und der NASA alleine im nächsten Haushaltsjahr 1 Milliarde Dollar zusätzlich für die Mission zum Mond und zum Mars zugesagt wurden. Gewiss, die Landwirtschaft muss Kürzungen hinnehmen (8,1%) und ebenso die *Environmental Protection Agency* EPA (7,2%), das Verkehrsministerium (3,9%), das *Army Corps of Engineers* (13,1%) und die *Small Business Administration* (10,4%).

Diese Einsparungen werden jedoch bei weitem nicht ausreichen, um das Ziel einer Reduzierung des jetzigen Rekorddefizits in Höhe von 521 Milliarden Dollar um ein Drittel und bis 2009 um die Hälfte zu erreichen. Auch der Kongress will am 2. November wiedergewählt werden: das House of Representatives ganz mit seinen 435 Sitzen und der Senat mit einem Drittel seiner 100 Sitze. Ausgabenkürzungen werden unter den Bedingungen einer Wahl nicht populär sein. Besonders dramatisch haben sich innerhalb der letzten Wochen und Monate die Kosten für die gerade verabschiedete Reform von Medicare erhöht. Zunächst mit 400 Milliarden innerhalb der nächsten zehn Jahre beziffert, stellt sich jetzt heraus, dass die Medicare Reform 539 Milliarden Dollar kosten wird, 139 Milliarden mehr als angesetzt.

Die Kosten für den Einsatz in Afghanistan und im Irak sind schwer zu beziffern. Je nach Zukunft der Sicherheitslage – und sie kann sich auch zum Schlechteren entwickeln – ist mit hohen Zusatzkosten zu rechnen.

Besonders brisant und in einem Wahljahr umstritten wird die Frage sein, auf welchem Wege die Defizitverminderung erreicht werden soll. Das Weiße Haus hat sich für die Ausgabenverminderung entschlossen. Im Kongress mehren sich die Stimmen für eine Verminderung bzw. Rücknahme der großzügigen Steuersenkungspläne der **Bush-Administration**.

Ein Konflikt zwischen dem Weißen Haus und dem Kongress ist vorgezeichnet und ob er sich bis nach den Wahlen im November unter dem Deckel halten lassen wird, ist sehr die Frage.

Haushaltspolitik und Defizitverminderung eignen sich nur bedingt als Loyalitätstest für das Weiße Haus. Der Republikanische Senator **Pete Domenici**, Mitglied des Haushaltsausschusses und Vorsitzender des Ausschusses für Energie und Umwelt, eine wichtige Stimme des Senats in Haushaltsfragen, hat bereits angekündigt, dass das von **George W. Bush** verkündete Ziel, die Steuersenkungspläne der Bush-Administration ohne zeitliche Begrenzung umzusetzen, d.h. sie permanent zu machen – wie der Präsident in seiner Rede zur Lage der Nation am 20. Januar erklärte - , nicht eingehalten werden kann.

Das Weiße Haus wird hier – wie auch bei der Manipulation von Geheimdienstinformationen in der Frage der Massenvernichtungswaffen im Irak – auf Zeit spielen und Entscheidungen nach Möglichkeit bis nach dem 2. November verschieben. Die unabhängige Untersuchungskommission, die das Desaster der **Bush-Administration** in dieser Frage überparteilich zu untersuchen hätte, soll das Untersuchungsergebnis nach dem Willen der **Bush-Administration** erst im Jahr 2005 vorlegen. Bis dahin könnte der zur Wiederwahl anstehende Präsident in der politischen Auseinandersetzung mit seinem Demokratischen Gegenkandidaten während des Wahlkampfes stets auf das noch ausstehende Ergebnis der Untersuchungskommission verweisen. Ob diese Rechnung aufgehen wird ist sehr fraglich, nicht zuletzt auch deshalb, weil amerikanische Wähler sich nicht auf diese Art und Weise abspesen lassen werden.

Washington, 3.2.2004 (DD)

Dokumente:

Als PDF-Attachments:

The Budget Message of the President,  
Summary of Accomplishments and Future Challenges,  
Overview of the President's 2005 Budget  
<http://www.gpoaccess.gov/usbudget/fy05/browse.html>

Adam Entous, "Huge Deficits, Spending Freeze Dominate Bush Budget," Reuters, 1.2.2004  
<http://www.reuters.com/newsArticle.jhtml?type=topNews&storyID=4257913>